

Verkehrsausschuß
36. Sitzung

27.11.1987
ni-ro

Zu Tit. 883 17 - Zuweisungen an die Gemeinden und Kreise zur Erfüllung von Aufgaben aus der Straßenbaulast (Kraftfahrzeugsteuer-verbund) - verweist Abg. Dreyer (CDU) auf das von ihm oben schon Ausgeführte.

Der Titel wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Abg. Böse (SPD) bittet darum, die für die Beratung der Titelgruppe 60 - Zuweisungen an die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände im Rahmen des Kraftfahrzeugsteuerverbundes (§ 4 Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1988) - notwendigen Vorlagen in Zukunft gleichzeitig mit dem Haushaltsplanentwurf auszugeben.

Bei Durchsicht des diesjährigen Landesstraßenbauprogrammes (Vorlagen 10/1263 und 10/1370) seien ihm eine Reihe von Baumaßnahmen aufgefallen - zugegebenermaßen solche mit einem Gesamtfinanzierungsvolumen von rd. 5 Millionen DM -, für die in 1988 Mittel nur in sehr geringem Umfange vorgesehen seien. Werde sichergestellt, daß diese sich sicherlich über mehrere Jahre hinziehenden Baumaßnahmen zügig fertiggestellt würden? Neue Maßnahmen sollten in das Programm erst aufgenommen werden, wenn dies nicht zu Verzögerungen bei bereits begonnenen führe.

Was den Ausbau der L 579 Horstmar-Laer (s. S. 5 der Vorlage 10/1263) angehe, für den in 1988 nur 1 Million DM veranschlagt sei, frage er sich, ob dies ausreiche, um die Arbeiten an der Ortsumgehung in 1988 abzuschließen.

Nicht mehr gefunden habe er im Landesstraßenbauprogramm 1988 - anders als im Programm 1987 - Gelder für den vom Verkehrsausschuß gewünschten Bau der Ortsumgehung Enger - L 557.

Das Beispiel der L 557, die im Ausbauplan in die Kategorie "Planungsreserve" falle und daher nur anfinanziert werden könne, wenn andere Maßnahmen nicht realisiert würden, zeigt nach Ansicht von Abg. Dreyer (CDU) das allgemeine Dilemma des Straßenbaus in Nordrhein-Westfalen: Ein solcher finde hier nur noch aus Bundesmitteln statt! Die Jahresraten für alle Maßnahmen seien im Laufe der Jahre nämlich von insgesamt ca. 375 Millionen DM auf inzwischen zusammen rd. 150 Millionen DM gesunken.

Reagierend auf einen Einwand des Abg. Böse (SPD), der Bund nehme dem Land Mittel, erläutert Abg. Dreyer (CDU), das Verhalten des Bundesverkehrsministers verwundere nicht, da er den Eindruck habe gewinnen müssen, das Land wolle den vereinbarten Bundesfernstraßenbedarfsplan konterkarieren.

Verkehrsausschuß
36. Sitzung

27.11.1987
ni-ro

Im übrigen habe er es Nordrhein-Westfalen gestattet, zu Beginn des Jahres 1987 70 Millionen DM aus den Hauptbautiteln umzuschichten. Als das Land dieses Verfahren für weitere 40 Millionen DM beantragt habe, habe der Bundesverkehrsminister der Umschichtung weiterer 18 Millionen DM zugestimmt, aber verständlicherweise gemeint, wenn das Land nicht in der Lage sei, die verbleibenden 22 Millionen DM im Rahmen des Hauptbautitels auszugeben, flössen sie in andere Länder.

Abg. Böse (SPD) fordert Herrn Dreyer auf, konkrete Fälle zu benennen, in denen Mittel nicht abgeflossen seien, weil die SPD-Mehrheitsfraktion oder die Landesregierung Baumaßnahmen an Bundesautobahnen oder Bundesstraßen verhindert hätten. Nach seinen Informationen handele es sich bei dieser auch öffentlich vorgetragenen Behauptung eindeutig um eine Falschaussage. - Entspräche sie wider Erwarten der Wahrheit, werde die SPD Minister Dr. Zöpel nicht "schonen". -

Ebenso treffe nicht zu, wenn der CDU-Landesvorsitzende verbreite, das Land habe seit 1980 7,8 Milliarden DM Bundesmittel nicht abgerufen. Er beziehe sich dabei auf die Antwort auf eine kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Hardt und Stump, in der alle Maßnahmen, bei denen die Einstellung mit Zustimmung - mit Zustimmung! - der Bundesregierung erfolgt sei, aufgeführt seien. In keinem Jahr jedoch habe das Land etwa vom Bund zugewiesene Bundesstraßenbaumittel nicht verausgabt. Im Gegenteil: Man habe sogar 100 Millionen DM in den Hauptbautitel umgeschichtet, um Engpässe zu beheben. Als in diesem Jahr erstmalig die Schwierigkeit aufgetreten sei, daß Gelder aus dem Hauptbautitel nicht ganz hätten verbraucht werden können, habe Nordrhein-Westfalen beantragt, sie in den "kleinen Titel" umzuschichten. Der schon erwähnte Rest von 22 Millionen DM, mit dem viele kleine, schon vergabebereite Maßnahmen hätten finanziert werden können, sei Nordrhein-Westfalen daraufhin entzogen worden.

Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.) begründet die Ablehnung des Landesstraßenbauprogrammes durch ihre Fraktion einerseits mit dem Fehlen von Erläuterungen, weshalb gerade diese oder jene Maßnahme Mittel in dieser oder jener Höhe erhalten habe, und andererseits mit den geringen Ansätzen für die kleinen Maßnahmen - sie widersprächen einer realistischen Planung, wenn sich aus dem Vergleich der erforderlichen Gesamtsumme mit der Rate ergebe, daß die Arbeit an einem bestimmten Projekt bei ungefähr gleichbleibenden Raten erst in Jahrzehnten beendet sein würde.

Abg. Dreyer (CDU) räumt ein, Mittel für die Ortsumgehung Enger seien im Etat 1988 nicht unbedingt notwendig, denn es liege noch kein bestandskräftiger Planfeststellungsbeschluß vor, so daß der Bau vermutlich in 1988 noch nicht anlaufen werde.